



Kommunalwahl 2016 - Am 11. September wählen gehen!

JA zu Wohnraum, Mobilität und Daseinsvorsorge für Alle.

NEIN zur Kommunalpolitik im Interesse der Banken und Konzerne.

Die Städte und Gemeinden sind immer stärker einer Umstrukturierung nach den Interessen der Banken und Konzerne unterworfen. Dazu ist die Überschuldung der Gemeinden eine unabdingbare Voraussetzung, damit Kommunalpolitiker unter Handlungsdruck geraten und sich den angeblichen „Sachzwängen“ nach Kürzen, Streichen und Privatisieren öffnen. Dies trifft vor allem öffentliche Daseinsvorsorge, Sport, Kultur, Nahverkehr und Bildung.

Je nach Finanzlage der einzelnen Kommunen, der Ratsmehrheiten, der Entwicklungen auf den Wohnungsmärkten und vorhandenem Wider-

stand gibt es Unterschiede im Tempo und der Brutalität der Umstrukturierungsmaßnahmen. Die Klasse, deren Interesse CDU, SPD, Grüne, FDP, und andere bürgerlichen Listen verpflichtet sind, ist jedoch die gleiche: Das Monopolkapital, die Banken und Konzerne.

Mit der Linkspartei teilen wir zahlreiche Tagesforderungen und Vorstellungen, wie eine Kommune nach den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen aussehen muss. Unterschiede zeigen sich in unserer (Wahl-)Bündnispolitik, vor allem aber in unserer Verbindung von Reform und Revolution.

Kommunistische Wahlpolitik

Den Herrschenden dienen Parlamente vor allem dem Ausgleich zwischen den Fraktionen der Bourgeoisie, aber auch zur Integration und Korrumpierung von Widerstandspotential. Beidem verweigert sich die DKP. Wir nutzen Wahlen und Parlamente als Tribüne für den Klassenkampf. Wir entlarven die Profiteure von bürgerlicher „Leuchturmpolitik“ und fordern das „gläserne Rathaus“. Informationen, die wir durch Präsenz in Parlamenten gewinnen, nutzen wir für Bürgerinitiativen und Proteste. Wahlkämpfe nutzen wir für die Propagierung fortschrittlicher Forderungen, für die Stärkung von Bündnissen und der DKP.

Sofortprogramm der DKP erschienen

Auf ihrem letzten Parteitag hat die DKP beschlossen bei der Bundestagswahl 2017 bundesweit zu kandidieren. Dazu hat sie ein Sofortprogramm erstellt.

Die DKP fordert darin:

1. Sofortige Investitionen in öffentliches Eigentum
2. Schaffung von Arbeitsplätzen
3. Verbesserung sozialer Leistungen
4. Stopp des Militarismus & Besteuerung der Reichen

Geld ist genug da – es muss umverteilt werden!



Forderungen der DKP Lüneburg für Stadt- und Landkreis

1. ÖPNV

Seit Jahren steigen die Tarife im Nahverkehr. Inzwischen sind sie, trotz steigender öffentlicher Zuschüsse, für viele Einkommensschwache nicht mehr bezahlbar. Schwarzfahrer werden kriminalisiert und zu Haftstrafen verurteilt.

Die DKP Lüneburg betrachtet den Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) als eine wichtige Dienstleistung an den Bürgerinnen und Bürgern. Der ÖPNV darf nicht als privatwirtschaftliches Profitunternehmen betrieben werden. Es ist kommunale Pflichtaufgabe, das Angebot im ÖPNV so zu gewährleisten, dass die Menschen in und um Lüneburg ständig die Möglichkeit des umweltfreundlichen Transportes von A nach B in Anspruch nehmen können.

Nachtbusse

Wer das "weltberühmte" Lüneburger Nachtleben genießen möchte, hat im Grunde 2 Möglichkeiten, anschließend nach Hause zu kommen. Entweder ein Taxi rufen oder nach Hause laufen. Für die Menschen in den umliegenden Kreisgemeinden in beiden Fällen nicht das Gelbe vom Ei.

Die DKP Lüneburg sieht es daher als dringend erforderlich an, zumindest in den Nächten auf Samstag und Sonntag in der Nacht einen stündlichen Busverkehr zu gewährleisten, der die wichtigsten Punkte des Verkehrsnetzes bedient.

Sonntagsverkehr

Auch der Sonntags-Busverkehr bedarf einer gründlichen Erweiterung. Wer mit seinen Gästen am Sonntag Vormittag z.B. einen Gottesdienst in der Innenstadt besuchen möchte oder einfach nur in einer der historischen Gaststätten in der Altstadt einen Mittagstisch einnehmen möchte, sucht leider vergebens nach einer passenden Busverbindung.

Die DKP Lüneburg sieht hier eben-

falls dringenden Handlungsbedarf, um wenigstens stündlich die wichtigsten Punkte im Verkehrsnetz zu bedienen.

ASM

Die DKP Lüneburg betrachtet das "Anruf-Sammel-Mobil" (ASM) als ungeeignete Alternative. Die Preise sind im Vergleich zum Linienbus zu teuer. Zwar werden Inhaber_innen von Zeitkarten des Verkehrsverbun-

des HVV ermäßigt befördert. Menschen, die aufgrund eines Handikaps im HVV von den Beförderungsgebühren befreit sind, zahlen jedoch den vollen Fahrpreis. Dies ist unhaltbar und kommunalpolitisch unverantwortlich.

Mehrfahrtenkarten im Stadt- und Regionalbus

Wer nur unregelmäßig die Busse des HVV nutzen möchte, zahlt jedes Mal

Kommunistische Kommunalpolitik...

★ ...ist Bündnisarbeit mit dem Ziel, die Kräfte gegen die herrschende Politik zu vereinen, zu vervielfachen und dabei den „Widerstandsfaktor DKP“ zu stärken. Unsere Bündnisarbeit steht auch in der Kommune im Spannungsfeld von Bündnisgröße- und Vielfalt einerseits und Klarheit über die Ziele und Mittel andererseits. Illusionäre Vorstellungen und falsche Forderungen müssen von uns in geduldiger und solidarischer Diskussion widerlegt werden. Dies gilt z.B. für Forderungen nach einer „sozialen“ Abfederung prinzipiell unsozialer Bauprojekte oder auch die den Bürgern überlassene „Wahl“, bei welcher Einrichtung oder Sportstätte zuerst gekürzt werden soll.

★ ...ist Interessensvertretungspolitik der Arbeiter_innenklasse und anderer werktätiger Schichten auf kommunaler Ebene. Der Klassenwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit stellt sich in der Kommune als Kampf um die Reproduktionskosten, um die „zweite Lohntüte“ dar. Kommunalpolitik ist neben Betriebs- und Gewerkschaftspolitik das zweite Standbein unserer Arbeiter_innenorientierung.

★ ...hat das Ziel, die Arbeiter_innenklasse zum Handeln für die eigenen Interessen in der Kommune zu gewinnen. Dies steht im Gegensatz zu Stellvertreterpolitik, aber auch zu einer Anpassung an resignativen Stimmungen oder Illusionen unter den von der Kürzungspolitik Betroffenen.

★ ...akzeptiert die Floskel der leeren Kassen nicht, sondern stellt ihnen den Reichtum der herrschenden Klasse, der Banken und Konzerne entgegen. Nicht nur in Worten, sondern auch im „Kampf um das Teewasser“, in jedem Protest gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Kommunalpolitik machen wir uns zugleich für eine grundlegende gesellschaftliche Umgestaltung stark – die Enteignung der Monopole und der großen Vermögen und ihre Überführung in die Hände der Arbeiter_innenklasse und ihrer Verbündeten. Reformpolitik darf sich auch aufkommunaler Ebene nicht auf kleine Verbesserungen im gegebenen (Finanz-)Rahmen beschränken. Sie muss selbst in kleinen Reformkämpfen eine sozialistische Perspektive haben, um bereits hier und heute Erfolge erzielen zu können.

★ ...muss daher die kommunalen „Dialog-“ und „Mitmachangebote“ der herrschenden Parteien, insbesondere von SPD und Grünen zur Einbindung von Widerstandspotential mit geeigneten Aktionsformen entlarven.

★ ...stellt in der Kommune die gemeinsamen Interessen der arbeitenden Menschen unterschiedlicher Nationalität in den Vordergrund und drängt mit solidarischem Handeln rassistische Einstellungen und den steigenden Einfluss der Rechtspopulisten zurück.

einen Einzelfahrschein. Mehrfahrtenkarten mit ermäßigtem Einzelpreis würden das Angebot lukrativer machen.

Sozialticket

Das Sozialticket ist möglich – sogar zum Nulltarif, genauso wie die generelle Senkung der Tarife. Dafür gibt es klare Lösungen, denn es gibt auch welche, die von unserer Mobilität profitieren und sie einfordern:

Behörden, die unser Erscheinen fordern; Firmen, die uns pünktlich zum Arbeitsbeginn erwarten, Kaufhäuser die uns als Kunden locken wollen usw...

Logischerweise sollen auch sie dafür zahlen und genauso die, die in diesem Land auf Kosten der Bevölkerung enorme Gewinne machen, wie z.B. die Energiekonzerne.

Die DKP Lüneburg unterstützt daher die Forderung nach einem Sozialticket für Stadt und Landkreis Lüneburg.

Anbindung S-Bahn HH

Im Zuge der Weiterentwicklung als Oberzentrum in der Metropolregion Hamburg ist auch eine verbesserte öffentliche Verkehrsanbindung eine wichtige Maßnahme. Bei der Vergabe des Regionalstreckennetzes unterstützt die DKP Lüneburg die Forderung nach einer Anbindung ans Hamburger S-Bahn-Netz, verbunden mit einer Verbesserung der Nachtverbindungen.

2. Kultur & Freizeit

Stadtfest, Kopefest

Die DKP Lüneburg befürwortet die Initiative, Stadtfest und Kopefest im

jährlichen Wechsel auszutragen. Beide Feste sollen in erster Linie die Interessen und Traditionen der Bürgerinnen und Bürger widerspiegeln. Das Kulturprogramm ist unter Einbeziehung aller Lüneburger Kulturschaffenden zu gestalten.

Konzert- und Sporthalle

Nachdem die Nordlandhalle nunmehr endgültig Geschichte ist und über dem Vamos das Damoklesschwert namens Abrissbirne hängt, sind Anstrengungen zu unternehmen, in Innenstadtnähe eine geeignete Konzert- und Sporthalle zu errichten.

Auch die erfolgreichen Lüneburger Sportvereine brauchen eine Spielstätte, die der Qualität und Leistung des Sports in Lüneburg gerecht wird.

Die DKP Lüneburg unterstützt dahingehende Initiativen, um den Bürgerinnen und Bürgern wieder hochrangige Konzert- und Sportereignisse anbieten zu können.

Kalkbruchsee

Die Sperrung des traditionsreichen Kalkbruchsee ist aufzuheben. Es ist eine geeignete Lösung zu finden, die Sportfischern und Badegästen gleichermaßen zufrieden stellen. Zumindest muss ein Teil des Ufers wieder für die Öffentlichkeit freigegeben werden und dort das Badeverbot aufgehoben werden.

3. Wohnungspolitik

Vom sozialen Wohnungsbau sind nur noch Reste vorhanden. Der Wohnungsmarkt dient den Profiten und nicht den Mietern.

Dabei war der „Soziale Wohnungsbau“ der Vergangenheit, dieses Aushängeschild der „Sozialen Markt-

wirtschaft“ in der Aufbauphase Westdeutschlands, ein gigantisches Subventionsmodell zugunsten der Wohnungsbauunternehmen und der Banken: die von diesen verlangten, für die breite Masse unbezahlbaren „Kostenmieten“ wurden durch staatliche Förderung auf „zumutbare Höchstmieten“ (sogenannte „Sozialmieten“) heruntersubventioniert. Diese Förderung wurde nach den sechziger Jahren zunehmend „degressiv“, also vorübergehend, angelegt.

Bezahlbare Mieten für breite Schichten der Bevölkerung waren dabei nur ein „sozialer“ Nebeneffekt, dessen schrittweiser Abbau in der Systematik der Förderung angelegt war.

Mit den „Liberalisierungen“ des Wohnungsmarktes in den vergangenen Jahrzehnten wurden dann auch diese sozialen Zugeständnisse zunehmend abgebaut und die Mieter ungeschützt der Profitlogik des Marktes unterworfen.

4. Energiekosten

Auch die Energiekosten sind in den letzten Jahren in schwindelnde Höhen gestiegen und können von immer mehr Menschen nicht bezahlt werden. Das Abstellen von Strom und Gas ist an der Tagesordnung. Gleichzeitig steigen die Gewinne der großen Versorger zu astronomischen Summen. Die Daseinsvorsorge darf nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern genutzt werden!



Die DKP Lüneburg tritt in diesem Jahr nicht zu den Kommunalwahlen an. Wir bieten jedoch den kandidierenden Parteien an, sich mit unseren kommunalpolitischen Forderungen auseinanderzusetzen und prüfen unsererseits, wo Parallelen zu finden sind.

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, bei den Kommunalwahlen vom Wahlrecht Gebrauch zu machen und keine Stimme zu verschenken.

DKP Hannover sammelt 700 Unterstützungsunterschriften für Rats- und Bezirksratskandidaturen

Gut sieben Wochen vor Beendigung der Einreichungsfrist beim städtischen Wahlamt konnte die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) mit ihrer „Offenen Liste“ bereits die Kandidaturen für den Rat der Landeshauptstadt sowie für die Stadtbezirke Linden-Limmer, Herrenhausen-Stöcken und Mitte erfolgreich absichern.

Über 700 Unterstützungsunterschriften wurden von Mitgliedern der Partei und Sympathisanten in den 14 Wahlbereichen der Stadt gesammelt und erfuhren dabei Zuspruch von der Bevölkerung.

Matthias Wietzer (ehem. Ratsherr und Spitzenkandidat für Linden-Limmer): „Wir bedanken uns für die großartige Unterstützung in den Stadtteilen. Unsere Forderungen treffen den Nerv vieler Menschen: Keine Bebauung des Steintorplatzes, Wiedereröffnung der geschlossenen Büchereien, Mietsenkungen, kostenlose ÜSTRA-Tarife und konsequente Maßnahmen gegen die Armut in unserer Stadt fanden große Zustimmung.“

Frank Braun (parteilos, Kandidat im Wahlbereich Buchholz-Kleefeld): „Mit unserer Kandidatur wollen wir eine soziale Alternative zu den etablierten Parteien und zur AFD anbieten. Fehlende Kita-Plätze und Wohnungen, Billiglöhne und Arbeitsplatzabbau lassen sich nicht mit rassistischer Hetze lösen, sondern erfordern Druck von unten.“

Auch weil die undemokratische 5-Prozent-Klausel bei der Kommunalwahl am 11. September keine Berücksichtigung findet, rechnen sich Hannovers Kommunistinnen und Kommunisten gute Chancen für den Wahltag aus. Ihr Motto lautet: Die Stadt den Menschen, nicht dem Profit!

Die DKP Lüneburg wünscht den Hannoveraner Genossinnen und Genossen viel Erfolg.

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP

UZ Woche für Woche antikapitalistisch!



Jetzt
4 Wochen kostenlos probelesen

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 4 Wochen kostenlos. Das Probeabo endet automatisch.

Name _____

Vorname _____

Straße / Haus-Nr. _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail-Adresse _____

Sie erhalten die DKP Zeitung UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich. Das Abo endet automatisch.

Bestellung: CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18
45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • vertrieb@unsere-zeit.de

DKP Lüneburg in Aktion



Alle Tarifbeschäftigte, Auszubildende sowie Praktikant_innen beim Bund, den Kommunen, den Sparkassen und der Agentur für Arbeit in den Landkreisen Celle, Uelzen, Heidekreis, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg und Harburg waren am 27. April aufgerufen, sich an dem ganztägigen Warnstreik im Rahmen der Tarifrunde Öffentlicher Dienst zu beteiligen.

Wir sammelten uns um 9:30 Uhr im Lüneburger Clamartpark. Nach einer Demo durch die Stadt gab es eine Abschlusskundgebung auf dem Lambertiplatz.

Rund 950 Streikende und Solidarische beteiligten sich an dieser eindrucksvollen Demonstration, darunter auch Mitglieder der Lüneburger DKP-Gruppe.

1. Mai



Auch bei der alljährlichen Mai-Demonstration des DGB war die Lüneburger DKP vertreten und verteilte knapp 100 Exemplare der UZ.

Unsere Willkommenskultur heißt:

Gemeinsam kämpfen!

➤ Gegen Rassismus und NATO-Kriege! ➤ Mindestlohn rauf – Mieten runter!

DKP.de



Impressum:

Herausgeberin: Deutsche Kommunistische Partei (DKP) - Gruppe Lüneburg
 Kontakt: rotstift@dkp-ig.de - www.dkp-ig.de
 V.i.S.d.P.: Cornelius Kaal, Eichhörnchenweg 7, 29553 Bienenbüttel
 Druck: Berger + Herrmann GmbH, Siedendolsleben (www.interdruck.net)

Die DKP Lüneburg trifft sich am vorletzten Freitag jeden Monats um 19 Uhr. Nähere Infos über lueneburg@dkp-niedersachsen.de